

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

GEORGE F. KENNAN

Das Amerikanisch-Russische Verhältnis

Mit Genehmigung der DEUTSCHEN VERLAGSANSTALT GMBH, Stuttgart, setzen wir in dieser Ausgabe mit dem zweiten Vortrag „Die Beziehungen während des ersten Weltkrieges“ den Abdruck der Vorlesungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, George F. Kennan über das Amerikanisch-Russische Verhältnis fort.

Die Beziehungen während des ersten Weltkrieges

In der ersten Vorlesung haben wir die amerikanisch-russischen Beziehungen bis zum Ausbruch der bolschewistischen Revolution im November 1917 verfolgt. Diese Revolution ereignete sich — wie Sie sich erinnern werden — genau ein Jahr vor dem Ende des ersten Weltkrieges. Das erste Jahr der sowjetrussisch-amerikanischen Beziehungen deckte sich also genau mit dem letzten Kriegsjahr. Heute möchte ich etwas von den Vorgängen erzählen, die sich in diesem Jahre zwischen den Vereinigten Staaten und der neuen Sowjetmacht abspielten.

Drei wichtige Umstände unterlagen der Entwicklung der Beziehungen in dieser Zeit. Der erste — und für die Vereinigten Staaten der wichtigste — war die Tatsache, daß der Krieg eben noch im Gange und Amerika daran beteiligt war. Aufs engste damit verbunden war die weitere Tatsache, daß die Bolschewikenführer entschlossen waren, Rußland aus dem Kriege herauszulösen und Frieden mit den Deutschen zu schließen — womöglich einen Generalfrieden, aber wenn notwendig auch einen Separatfrieden.

Eine zweite bestimmende Tatsache war die ideologische Voreingenommenheit der Bolschewikenführer gegen die kapitalistische Welt im allgemeinen. Diese Voreingenommenheit fand ihren Ausdruck in einer herausfordernden und feindlichen Haltung seitens der Bolschewiki gegenüber allem, was mit dem Namen Amerikas verbunden war.

Der dritte Umstand, der 1917 und 1918 die Verhältnisse zwischen den beiden Systemen beeinflusste, war die Anwesenheit einer amerikanischen Botschaft und einer ziemlich großen amtlichen und nichtamtlichen amerikanischen Kolonie in der russischen Hauptstadt und in den grö-

ßeren Provinzstädten. Eine ähnliche amtliche russische Kolonie befand sich zur Zeit der Revolution natürlich auch in den Vereinigten Staaten, spielte aber nachher längst nicht dieselbe Rolle. Ihre Mitglieder verhielten sich fast ausschließlich loyal zum alten Regime, wollten also von den Bolschewiki nichts wissen, ihnen nicht dienen und wurden auch von ihnen nicht verwendet. Da die Vereinigten Staaten das Bolschewikenregime nicht anerkannten, blieben diese russischen Beamten zum größten Teil außerhalb des Bereiches, in dem sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abspielten.

Der damalige amerikanische Botschafter in Petersburg, Mr. David Francis, war ein bemerkenswerter alter Herr. Er war kein Berufsdiplomat, sondern ein Politiker der damals an der Macht befindlichen demokratischen Partei. Er war früher nicht nur ein erfolgreicher Geschäftsmann, sondern auch Gouverneur des Staates Missouri, sechsmal Bürgermeister der Stadt St. Louis und 1899 Direktor der Weltausstellung in St. Louis gewesen. Auf seine schwere diplomatische Aufgabe in Petersburg durch keine Tätigkeit seines bisherigen Lebens vorbereitet, war er für seine Mitarbeiter und diplomatischen Kollegen ein Gegenstand wechselnder Heiterkeit und besorgter Unruhe. Seine Gewohnheiten und sein Geschmack waren die der robusten Gesellschaft des Mississippitales um die Jahrhundertwende. Er war als Bonvivant so berühmt, daß er in einer Erzählung des bekannten amerikanischen Schriftstellers O'Henry höchst persönlich als Beispiel eines sagenhaften Gourmets erscheint. In seiner Petersburger Zeit kaute er immer noch mit Vorliebe Tabak und soll als Hilfsmittel für dieses Vergnügen einen eleganten metallenen Spucknapf gehabt haben, den er überall mit sich

herumtrug und dessen Deckel mit dem Fuß zu öffnen und zu schließen war. Seine aristokratischen Kollegen im Petersburger diplomatischen Korps waren manchmal darüber erstaunt — so wird wenigstens erzählt —, wie der Botschafter seine ohnehin energisch ausgedrückten Meinungen damit bekräftigte, daß er aus großer Entfernung akkurat in dieses Gefäß spuckte und als

INHALT DIESER BEILAGE:

George F. Kennan:

Die Beziehungen während des ersten Weltkrieges

Max Braubach:

Gedenkrede zum 20. Juli 1944
(S. 646)

Finale dieser Vorstellung den Deckel lärmend zufallen ließ.

Die Mitglieder der amerikanischen Kolonie in Rußland gingen in ihren Anschauungen über die neue Sowjetmacht weit auseinander. Einige, wie der Moskauer Generalkonsul und der Propagandachef in Petersburg, wurden bald leidenschaftlich antibolschewistisch, zum Teil, weil sie in dem Irrtum befangen waren, die Bolschewiki seien bloß deutsche Agenten, zum Teil aber aus tieferen und besser fundierten Gründen. Diese Herren befürworteten ein scharfes Vorgehen ge-

gen die Bolschewiki und eine energische Unterstützung der antibolschewistischen politischen Kräfte in Rußland. Der Chef der amerikanischen Rote-Kreuz-Delegation dagegen, ein energischer und in vieler Hinsicht bemerkenswerter Mann, Raymond Robins, geriet bald in persönlichen Kontakt mit den bolschewistischen Führern, traf oft mit Trotzki und später mit Lenin und anderen führenden Bolschewiki zusammen und überzeugte sich bald davon, daß es sich mit diesen Leuten vortrefflich zusammenarbeiten ließ. Um

ihn gruppierten sich die wenigen anderen Amerikaner — vor allem der Militärattaché —, die seinen Glauben an die Möglichkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den russischen Kommunisten teilten. Auf diese Leute schienen die feindliche Haltung und die gehässige Propaganda der Bolschewiken keinen Eindruck zu machen. Von Anfang an gab es also eine gewisse politische Spannung innerhalb der Kolonie, die zu vielen scharfen Auseinandersetzungen führte.

Die erste Periode der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen

Die Zeit von der Novemberrevolution 1917 bis zur Brest-Litowsker Krise Ende Februar 1918 kann man gut als eine erste Periode der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bezeichnen. In dieser Zeit war die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des bolschewistischen Regimes noch gar nicht bewiesen. Es wurde allgemein bezweifelt, daß die Bolschewiki sich lange an der Macht halten könnten — ein Zweifel, den selbst Lenin geteilt zu haben scheint. Die Bolschewikenführer spürten auch ursprünglich keinen besonderen Wunsch, sich mit den westlichen kapitalistischen Ländern in diplomatische Beziehungen einzulassen. Sie bildeten sich ein, daß auf die feurigen und aufreizenden Aufrufe hin, die sie sofort nach der Revolution an das Weltproletariat zu richten begannen, die Revolution bald in einer Reihe von führenden kapitalistischen Ländern ausbrechen würde. So maßten sie am Anfang ihren Beziehungen zu den westlichen kapitalistischen Regierungen keine große Bedeutung bei. Als zum Beispiel Trotzki in seiner Eigenschaft als erster sowjetischer Außenkommissar das alte zaristische Auswärtige Amt seiner Verwaltung angliederte, nahm er seine neue Aufgabe nicht sehr ernst. „Was für diplomatische Arbeit werden wir denn schon haben?“ fragte er einen Bekannten. „Ich werde einige revolutionäre Proklamationen an die Völker erlassen und dann die Bude schließen.“ Anstatt eine ernsthafte diplomatische Auseinandersetzung mit den Westmächten zu suchen, hat die Sowjetregierung als erste außenpolitische Handlung sich dem Abschluß des Waffenstillstandes und dann eines Friedens mit Deutschland zugewendet. Dieser Versuch, der in die langen deutsch-russischen Verhandlungen zu Brest-Litowsk mündete, wurde von den Westmächten natürlich mit tiefstem Mißtrauen und Mißvergnügen verfolgt, schon deshalb, weil zu erwarten war, daß nach dem Austritt Rußlands aus dem Kriege dreißig bis vierzig deutsche Divisionen im entscheidenden Kriegswinter frei würden, die dann auch später tatsächlich an die Westfront verlegt wurden.

Ich sagte vorhin: — „anstatt eine ernsthafte diplomatische Auseinandersetzung zu suchen“. Da müßte ich vielleicht hinzufügen: Die Sowjetregierung richtete schon in diesen ersten Wochen einige diplomatische Noten an die westlichen Regierungen, in denen diese aufgefordert wurden, gemeinsam mit der Sowjetregierung die Möglichkeiten eines allgemeinen Friedens zu prüfen. Dabei wurden diese Noten unter Umstän-

den überreicht, die kaum erwarten ließen, daß die westlichen Regierungen sich ernstlich mit diesen Anregungen befassen oder gar auf sie antworten würden.

So kam es, daß die amerikanische Regierung in diesen ersten Monaten von einer Anerkennung der Bolschewiki absah und sich darauf beschränkte, tief besorgt den Gang der Brest-Litowsker Verhandlungen aus der Ferne zu folgen. Die Botschaft wurde zwar vorläufig in Petersburg belassen, der Botschafter aber ermahnt, sich nicht amtlich mit den Bolschewiki einzulassen — was ja auch seinen eigenen Neigungen aufs tiefste entsprach. Diese Zurückhaltung nahm ihm Trotzki bald übel; „sie ließe sich nicht“, sagte Trotzki, „mit der Würde der Revolution vereinbaren.“ Trotzki griff den alten Herrn wiederholt öffentlich an, und zwar mit schweren persönlichen Verdächtigungen und Drohungen. Dieser Sir Francis“, sagte er einmal höhnisch bei

einer öffentlichen Rede im Dezember 1917, „wird sein goldenes Schweigen aufgeben müssen.“ Der alte Botschafter beharrte aber hartnäckig auf seiner Position. Er wolle verdammt sein, sagte er, wenn er je mit so einem verfluchten Bolschewiken zu tun haben würde, ein Vorsatz, dem er, abgesehen von ein paar bemerkenswerten Ausnahmen, treu geblieben ist.

Ende Februar kam dann die Krise der Brester Verhandlungen, die — wie Sie sich erinnern werden — zunächst zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens der Deutschen, dann zu einer schweren inneren Krise der Sowjetmacht und schließlich zur völligen russischen Kapitulation und zur Unterzeichnung des Vertrages durch die sowjetischen Unterhändler am 3. März 1918 führte. Der Vertrag wurde von den Kommunisten nur mit äußerstem Widerstreben unterzeichnet. Die sowjetischen Unterhändler, die den Vertrag auf Befehl der Sowjetregierung zu unterschreiben hatten, weigerten sich sogar, den endgültigen Entwurf durchzulesen. Sie behaupteten, es mache keinen Unterschied, ob sie ihn durchläsen oder nicht, sie müßten ihn ja sowieso unterzeichnen, denn das sei kein Vertrag, sondern ein Diktat. Es ist vielleicht nützlich, in Erinnerung zu bringen, daß diese Episode der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die unter ähnlichen Umständen stattfand, anderthalb Jahre voranging.

Eine nebensächliche, aber sehr wichtige Folge dieser Krise war der etwas panikartige Umzug der Sowjetregierung nach Moskau, der ebenfalls in den ersten Märztagen stattfand.

Schwierige Entscheidungen

Diese ganze Entwicklung, die vielen ausländischen Beobachtern die Einnahme Petersburgs durch die Deutschen und den endgültigen Sturz der Sowjetregierung in unmittelbare Nähe zu rücken schien, stellte die alliierten diplomatischen Vertretungen in Petersburg vor eine schwere Entscheidung. Was sollten sie nun machen? In Petersburg zu warten, war gefährlich, da der Krieg an der Ostfront scheinbar wieder auflebte und die Deutschen — nur ein paar hundert Kilometer entfernt — jederzeit in die Stadt einrücken konnten. Es hatte ja auch deshalb keinen weiteren politischen Sinn, zu bleiben, weil der Sitz der russischen Regierung eben aus Petersburg wegverlegt wurde. Den Weg nach Westen über Schweden versperrte der in Finnland eben ausgebrochene Bürgerkrieg. So verließ der Botschafter mitsamt seinem Botschaftspersonal Petersburg am 28. Februar 1918 im Sonderzug und fuhr nach Osten in Richtung Wladiwostok ab. Einige andere alliierte Missionen taten dasselbe. In der 500 Kilometer von Petersburg entfernten Provinzstadt Wologda beschloß der Botschafter aber haltzumachen und dort den weiteren Gang der Dinge abzuwarten. Es folgten ihm in diesem Entschluß eine Reihe von anderen alliierten Missionschefs. Der örtliche Herrenklub wurde dem alten Herrn als Wohnung zugeteilt. In diesem Gebäude, zusammen mit den brasilianischen, siamesischen und italienischen Geschäftsträgern, wohnte er fast fünf Monate in

aller Ruhe und Bequemlichkeit, wenn auch die Herren einander mit der Zeit etwas auf die Nerven gingen. Die kleine stille Provinzstadt war als Wohnort vom strategischen Standpunkt aus nicht ungeschickt gewählt. Sie lag an der Kreuzung zweier Eisenbahnen: der Ost-West-Linie von Petersburg nach Sibirien und der Nord-Süd-Linie von Moskau nach Archangelsk am Weißen Meer. Von Wologda aus konnte der Botschafter also — wenn sich die Dinge günstig entwickelten — bequem entweder nach Petersburg zurück oder nach der neuen Hauptstadt Moskau fahren; oder auch — wenn sie sich ungünstig entwickeln sollten — schleunigst über Sibirien oder über das Weiße Meer das Land verlassen.

An dieser Stelle muß ich hinzufügen, daß der sowjetfreundliche Rote-Kreuz-Delegierte Robins nicht mit der Botschaft nach Wologda übersiedelte, sondern der Sowjetregierung nach Moskau folgte. In Moskau unterhielt er einen noch regeren Kontakt mit den Sowjetführern, die ihn als den eigentlichen amerikanischen Botschafter betrachteten, als welcher er wenigstens einmal in der sowjetischen Presse erwähnt wurde. Das führte natürlich zu einer starken Spannung zwischen ihm und dem dortigen amerikanischen Generalkonsul, der seine Ansichten gar nicht teilte und dem seine Beziehungen zur Sowjetregierung äußerst unliebsam waren.

Der Brest-Litowsker Vertrag

Mit Abschluß des Brest-Litowsker Vertrages, der erst am 14. März 1918 nach erregten und heftigen Debatten von dem Sowjetkongreß in Moskau ratifiziert wurde, begann für die Alliierten eine Zeit, in der sie das Bedürfnis spürten, jetzt endlich ihre Einstellung zu den Bolschewiki festzulegen. Dabei muß man bedenken, daß am 21. März die große letzte deutsche Offensive an der Westfront begann und am Anfang erheblichen Erfolg hatte. Die Alliierten standen jetzt am dunkelsten und gefährlichsten Punkt des Krieges. Als dann, am 25. April, der neue deutsche Botschafter, Graf Mirbach, in Moskau eintraf und seine Tätigkeit aufnahm, erhöhte dies die schon tiefe Besorgnis, mit der die alliierten Regierungen die Entwicklung der Dinge in Rußland beobachteten. Sie befürchteten eine rege Zusammenarbeit zwischen der deutschen Regierung und den russischen Kommunisten und zerbrachen sich den Kopf darüber, wie sie dieser Zusammenarbeit entgegenwirken könnten.

Diese schwierigen Umstände steigerten die Spannungen zwischen den zwei entgegengesetzten Auffassungen im alliierten Lager bis zum äußersten. Robins und die ähnlich Denkenden wollten jetzt erst recht die bolschewistische Karte ausspielen und wurden in dieser Ansicht dadurch unterstützt, daß die Bolschewiki selber von der Entwicklung der Dinge tief erschrocken, ab und zu mit dem Gedanken spielten, alliierte Hilfe gegen die Deutschen — wenn auch unwillig und zähneknirschend — anzunehmen. Die Anhänger dieser politischen Linie unter den Amerikanern empfahlen, daß man sowohl von jedem Kontakt und Zusammenwirken mit den antibolschewistischen Gruppen in Rußland als auch von jeder gewaltsamen Handlung den Bolschewiki gegenüber Abstand nehmen sollte. Sie verlangten wirtschaftliche Hilfe für die Bolschewiki — auch militärische, wenn sie verlangt werden sollte — und versprachen sich von dieser Politik auf längere Sicht trotz des deutsch-russischen Friedensvertrages einen energischen bolschewistischen Widerstand gegen den deutschen Einfluß. Sie wiesen auf die Unlust und Erbitterung hin, mit der die Bolschewiki auf diesen Vertrag eingegangen waren, und behaupteten, daß die Kommunisten ihn nicht lange einhalten würden.

Diese Ansicht hatte eine gewisse Berechtigung, jedenfalls was die Einhaltung des Vertrages betrifft. Das ergibt sich aus folgender Geschichte, die mir irgendwie in Erinnerung geblieben ist. Da kam drei Tage nach der Ratifizierung des Vertrages ein Genosse zu Lenin und machte ihm Vorwürfe, daß man den Vertrag unterzeichnet habe und bemerkte außerdem, er hoffe, daß man diesen unglückseligen Vertrag wenigstens nicht einhalten werde. Darauf antwortete Lenin — und das ist für die Psychologie der Bolschewiki ganz bezeichnend — dem Sinn nach: „Ja um Gottes willen, für was halten Sie uns denn? Wir haben den Vertrag schon vierzigmal verletzt.“

Auf der andern Seite standen alle diejenigen, die die Bolschewiki einfach für deutsche Agenten hielten und die das bolschewistische Regime mit Hilfe der antibolschewistischen Elemente in

Rußland stürzen wollten. Da es im Frühling 1918 immer weniger wahrscheinlich erschien, daß die Sowjetmacht bloß von den in Rußland wirkenden antisowjetischen Parteien und Persönlichkeiten ohne aktive Unterstützung von außen gestürzt werden könnte, forderten diese antikommunistisch eingestellten Kreise unter den Alliierten eine militärische Intervention der Westmächte mit dem Ziel, eine neue, nach Westen orientierte russische Regierung ins Leben zu rufen und auf diese Art die zerrüttete Ostfront gegen Deutschland wiederherzustellen. An führender Stelle unter den Verfechtern solcher Ansichten standen die Franzosen, welche die Bolschewiki mit Verbissenheit haßten und zu allem bereit waren, was der erfolgreichen Kriegführung gegen Deutschland irgendwie dienlich sein konnte. Obwohl in englischen Regierungskreisen in bezug auf diese Frage keine richtige Einig-

keit bestand, neigten auch die Engländer im allgemeinen zu einer solchen Lösung. Da aber weder Franzosen noch Engländer, noch beide zusammen an diesem schwierigen Punkt des Krieges für eine solche Intervention die notwendigen Truppen und Waffen und Nachschub aufbringen konnten, kam alles darauf an, ob auch die Amerikaner für ein solches Unternehmen gewonnen werden könnten.

Die Vorschläge zu einer solchen Intervention bezogen sich hauptsächlich auf zwei Möglichkeiten: erstens, eine Landung alliierter Truppen in Wladiwostok am Stillen Ozean; zweitens, eine ähnliche Landung in den nördlichen Häfen von Murmansk und Archangelsk. Da die beiden Unternehmungen ganz verschiedene Probleme stellten und nach verschiedenen Rücksichten behandelt werden mußten, lohnt es sich vielleicht, sie einzeln anzuschauen. Befassen wir uns zuerst mit dem sibirischen Schauplatz.

Die Geschichte der alliierten Intervention in Sibirien

Die Geschichte der alliierten Intervention in Sibirien ist eine derart verwickelte Angelegenheit, daß man sie im Rahmen eines einzelnen Vortrags nicht annähernd erschöpfend behandeln kann. Wenn ich trotzdem versuche, die Vorgänge zu schildern, nehme ich bewußt die Gefahr auf mich, die Sache zu sehr zu vereinfachen, und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Der Zusammenbruch des russischen Reiches im ersten Weltkrieg gab den Japanern faktisch die Möglichkeit, nicht nur im nordmandschurischen Raum den schon lange gefürchteten russischen Einfluß auszuschalten, sondern auch auf die Lage in Sibirien selbst Einfluß zu nehmen. Solange Rußland noch als Verbündeter der anderen Ententemächte am Kriege beteiligt war, konnten die Japaner, die ja auch zu der Entente gehörten, von dieser günstigen Gelegenheit keinen Gebrauch machen. Als dann aber die Bolschewiken zur Macht kamen, die alten sogenannten imperialistischen Bündnisverträge annullierten und den Krieg mit Deutschland beendeten, da sahen sich die Japaner von ihren Bündnisverpflichtungen entbunden und bekamen freie Hand, in Sibirien so vorzugehen, wie es ihnen gefiel. Gleich mit der kommunistischen Revolution entstand also die Gefahr, daß die Japaner unter irgendeinem Vorwand einfach in Sibirien einmarschieren würden. Von den ersten Tagen der Revolution an waren die Bolschewiki sich dieser Gefahr im höchsten Grade bewußt; und sie befürchteten, daß die Alliierten aus Rache für den Austritt Rußlands aus dem Kriege die Japaner zu einem solchen Überfall auf Sibirien aufhetzen würden.

Den Franzosen und Engländern lag diese Idee tatsächlich nicht fern. Schon Anfang 1918 fingen sie an, in alliierten Regierungskreisen für eine japanische Intervention in Sibirien Stimmung zu machen und von der amerikanischen Regierung zu verlangen, daß auch sie ein solches Unternehmen billigen sollte. Als dies von der amerikanischen Regierung, die sich über die wahren japanischen Absichten in Sibirien ihre eigenen Gedanken machte, entschieden abgelehnt wurde,

hieß es, man sollte eine gemeinsame alliierte Expedition unter Beteiligung der Amerikaner nach Sibirien entsenden.

Sechs Monate dauerte die geheime Debatte, die sich über diese Frage in den alliierten Kanzleien entspann. Die Engländer und die Franzosen befürworteten andauernd die fernöstliche Intervention; die Amerikaner wollten nichts davon wissen. Die amerikanischen Staatsmänner, an erster Stelle der Präsident selbst, wollten nichts unternehmen, was vom russischen Volk als eine Verletzung seiner Hoheitsrechte oder als eine feindliche Geste betrachtet werden konnte. Die Japaner, die eine für sie höchst günstige Konstellation entstehen sahen, machten sich vorläufig klein und nahmen selbst an der Debatte kaum teil.

In der Bemühung, die amerikanische Regierung für die sibirische Intervention zu gewinnen, führten Engländer und Franzosen die verschiedensten Gründe an. Sie deuteten auf die großen Mengen des um Wladiwostok herum aufgestapelten Kriegsmaterials, das vorher von den Alliierten an die russische Regierung geliefert, aber noch nicht bezahlt worden war, und behaupteten, daß, wenn die Alliierten nicht intervenierten, diese Vorräte leicht von den Bolschewiki weggeschafft und an die Deutschen ausgeliefert werden könnten. Aus französischen Kreisen wurde andauernd das Gerücht verbreitet, daß deutsche Kriegsgefangene in Sibirien von den Bolschewiki massenweise auf freien Fuß gesetzt und bewaffnet würden und, wenn ihnen nicht die Alliierten zuvorkämen, bald ganz Sibirien in Besitz nehmen würden. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß, da die Japaner, was man auch täte, am Ende sowieso einmarschieren würden, die Beteiligung Amerikas an dem Unternehmen einen mäßigen Einfluß auf die Japaner ausüben, sie an der Ausübung ihrer imperialistischen Pläne hindern und damit eigentlich den Russen einen großen Dienst erweisen würde.

Diese Argumente waren, wie man jetzt feststellen kann, entweder gegenstandslos oder stark übertrieben, und sie genügten auch damals nicht,

die Amerikaner von ihrem Standpunkt abzubringen. Aber im Spätfrühling 1918 traten noch neue Momente hinzu, die den amerikanischen Widerstand erschütterten. Erstens erlitt im Monat April, nach dem Brester Frieden und der Eröffnung der deutschen Offensive im Westen, die prosowjetische Seite unter den in Rußland weilenden Amerikanern eine bedeutende Niederlage. Dies geschah unter etwas dramatischen Umständen. Es kam nämlich in Moskau zu einer äußerst heftigen Auseinandersetzung zwischen dem sowjetfreundlichen Robins und dem sowjet-

feindlichen Generalkonsul, worauf der Konsul in seine Wohnung zurückging, sich hinlegte und sofort an einer Gehirnerschütterung starb. Er war fest überzeugt, daß er von den Kommunisten vergiftet worden war, wofür allerdings keine Anhaltspunkte bestehen, aber gleich darauf — ob ausschließlich auf Grund dieses Vorfalles oder auch aus anderen Gründen, das weiß man nicht — wurde Robins abberufen und entlassen. Zu gleicher Zeit schloß sich der Botschafter in Wologda endlich denjenigen an, die für eine militärische Intervention plädierten.

Die tschechischen Truppen

Aber noch wichtiger für die Bestimmung der amerikanischen Politik war eine andere höchst eigenartige Entwicklung, die jetzt vielfach in Vergessenheit geraten ist. Ich spreche hier von dem sich im März und April 1918 entwickelnden Konflikt zwischen den Bolschewiki und den damals in Rußland stehenden tschechischen Truppen. Diese Streitkräfte bestanden aus etwa 60 000 Tschechen, ausnahmslos ehemaligen Mitgliedern des österreich-ungarischen Heeres, die in den ersten Jahren des Weltkrieges aus politischen Gründen zu den Russen übergelaufen waren und dort in Rußland hauptsächlich durch den Einfluß des großen tschechischen Politikers Masaryk, Erlaubnis bekommen hatten, ihre Waffen und ihre eigene militärische Organisation zu behalten und am Kriege gegen Österreich und Deutschland teilzunehmen. Als im Jahre 1917 die russische Armee einfach auseinanderlief und der Krieg an der Ostfront zu Ende kam, blieben diese Tschechen ohne jegliche militärische Aufgabe. Da sie sich aber zunächst von der in den russischen Streitkräften herrschenden Demoralisation nicht anstecken ließen, sondern treu zueinander hielten und die militärische Disziplin bewahrten, befanden sie sich schon im Frühling 1918 in der merkwürdigen Lage, vorläufig die stärkste militärische Macht in dem ganzen enormen russischen Reich zu sein. Diese Tatsache erregte natürlich das schärfste Mißtrauen bei den von Natur aus sehr mißtrauischen Bolschewiki. Im Monat März wurde ein Abkommen zwischen den Tschechen und den russischen Kommunisten abgeschlossen, wonach die Tschechen die Erlaubnis erhielten, über Sibirien und Wladiwostok Rußland zu verlassen. Die Russen drängten aber immer darauf, daß die Tschechen zuvor ihre Waffen abliefern sollten, was die Tschechen angesichts der chaotischen und höchst gefährlichen Lage begreiflicherweise nicht tun wollten. Dabei kam es dann im April 1918 zu einem ersten Konflikt zwischen den Tschechen und den Bolschewiki, woraufhin die Tschechen zu den Waffen griffen und sich anschickten, den Weg nach Osten einfach zu erkämpfen. Zu ihrer eigenen Überraschung gelang es ihnen bald ohne Schwierigkeiten, fast die ganze sibirische Bahn bis nach Irkutsk in Besitz zu nehmen. Dieses phantastische militärische Unternehmen erreichte Ende Juni mit der Übernahme Wladiwostoks durch die Tschechen und mit dem Sturz der dortigen bolschewistischen Stadtverwaltung seinen Höhepunkt.

Nun waren die Tschechen in der Lage, ohne besondere Schwierigkeiten über Sibirien das Land zu verlassen. Es fehlten ihnen nur die Schiffe. Wie es aber der Zufall wollte, ließen sie sich von den Engländern und Franzosen in diesem Moment überreden, im Lande zu bleiben, ja, umzukehren und im Wolga-Uralgebiet weiter gegen die Bolschewiki zu kämpfen. Von dieser Abänderung der tschechischen Pläne erfuhren die Staatsmänner in Washington erst viel später, und das Argument, das jetzt im Mai und Juni in der amerikanischen Hauptstadt angeführt wurde — nämlich, daß man nach Wladiwostok Truppen schicken sollte, um den Tschechen bei ihrer Ausreise Hilfe zu bringen —, machte in Washington einen großen und entscheidenden Eindruck. Für die kleinen Völker im allgemeinen und die Tschechen insbesondere hatte Präsident Wilson eine gewisse Schwäche. Er dachte, daß es sich bloß darum handelte, den Tschechen bei der Ausreise und der späteren Verlegung an die

Westfront behilflich zu sein. Die Tatsache, daß Wladiwostok sich schon seit Anfang Juli in tschechischen Händen befand und daß ein friedlicher, von der örtlichen Behörde bewilligter und gewünschter Einmarsch der alliierten Truppen jetzt dort möglich war, erleichterte ihm auch die Entscheidung. Masaryk erschien gerade zu dieser Zeit in Washington und forderte persönlich beim Präsidenten amerikanische Hilfe für seine Truppen. So gab der Präsident schließlich am 4. Juli 1918 nach langen und qualvollen Gewissenskämpfen seine Einwilligung zur amerikanischen Beteiligung an einer gemeinsamen alliierten Expedition nach Sibirien — allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Expedition aus ungefähr 7000 Amerikanern und 7000 Japanern bestehen sollte. Die amerikanischen Truppen hatten nur Befehl, die Tschechen mit Nachschub zu unterstützen und der sibirischen Bevölkerung womöglich materiell behilflich zu sein. Es wurde ihnen strengstens verboten, sich irgendwie in die innerpolitischen russischen Verhältnisse einzumischen. Als die Truppen aber im Frühherbst in Wladiwostok einrückten, erwies es sich, daß die Japaner schon mit dem Zehnfachen der vereinbarten Zahl in Sibirien standen und Ziele verfolgten, die mit denen, die Wilson vorschwebten, herzlich wenig zu tun hatten. Die amerikanische Zustimmung war von den Japanern nur zur Tarnung eingeholt worden. Als sie jetzt gegeben war, kümmerten sie sich wenig um die Einstellung der Amerikaner. So kann man also dem Präsidenten wohl seine Naivität vorwerfen, aber man kann ihn nicht des bösen Willens den Russen gegenüber beschuldigen.

Die nördliche Intervention

Nicht minder verworren ging es mit dem Zustandekommen der nördlichen Intervention zu. Im Murmansk-Hafen lagen schon vor dem bolschewistischen Umsturz englische Flotteneinheiten, die bis dahin mit der russischen Marine zusammengearbeitet hatten. Bei der Novemberrevolution wurde die Macht im Murmansk-Gebiet durch einen Arbeitersowjet übernommen, wie in vielen anderen Teilen Rußlands. Dieser Sowjet bestand aber nur zum Teil aus Bolschewiki und verhielt sich nach wie vor freundlich gegenüber den Alliierten. Das ganze, weit vom russischen Zentrum entlegene Gebiet war sowieso für seine Lebensmittelversorgung auf überseeische Einfuhr, und das hieß faktisch auf die Engländer angewiesen. Die englischen Kriegsschiffe blieben also weiterhin im Murmansk-Hafen, und zwischen den englischen Marineoffizieren und den Leitern des Murmansk-Sowjets herrschten enge und freundschaftliche Beziehungen.

Als dann im Frühling 1918 die Deutschen in Finnland einrückten und die Murmanskbahn von den mit den Deutschen verbündeten Weißfinnen zeitweilig bedroht wurde, nahmen englische Marinetruppen Seite an Seite mit Anhängern des Murmansk-Sowjets an der Verteidigung der Bahn teil.

Dieses enge Verhältnis zwischen den Murmanskern und den Alliierten erregte natürlich

sofort bei den Deutschen Anstoß, und der neue deutsche Botschafter protestierte beim sowjetischen Außenkommissar in Moskau heftig dagegen. Den Bolschewiki wurde der Zustand auch mit der Zeit immer ungemütlicher, da sie die Ausdehnung des englischen Einflusses auf den ganzen russischen Norden befürchteten.

Mittlerweile wiesen die Engländer in Washington auf die deutsch-finnische Bedrohung der Murmanskbahn und auf die Gefahr hin, daß die Deutschen in den Besitz des wichtigsten Kriegshafens Murmansk kommen könnten, und verlangten wiederum von den Amerikanern, daß sie — als Kriegsmaßnahme — Truppen für eine gemeinsame alliierte militärische Expedition zur Verfügung stellen sollten, welche das Gebiet gegen die Deutschen verteidigen und dafür sorgen sollten, daß das in den Häfen von Murmansk und Archangelsk ähnlich wie in Wladiwostok aufgestapelte, von den Alliierten gelieferte Kriegsmaterial nicht in deutsche Hände geriete. Auch hier, wie bei der sibirischen Frage, sträubte sich am Anfang und für längere Zeit die amerikanische Regierung gegen ein solches Unternehmen.

Im Monat Juni kam es dann zu einer Krise, sowohl in den Beziehungen zwischen den Moskauer Bolschewiki und dem Murmansk-Sowjet als auch in den Beratungen unter den Alliierten. Die Beziehungen zwischen Murmansk und Mos-

kau spitzten sich derart zu, daß es am 2. Juli zu einem heftigen und dramatischen Telefongespräch zwischen Trotzki in Moskau und dem Leiter des Murmansk Sowjets kam. Trotzki verlangte den sofortigen vollständigen Abbruch der Beziehungen zu den Alliierten, worauf der Murmansk unmöglich eingehen konnte. Am Schluß schrie Trotzki, schon schäumend vor Wut: „Ich nehme an, daß der englische General Poole hinter Ihnen steht und Ihre Aussagen diktiert.“ Worauf der Murmansk ohne weiteres erwiderte: „Und ich nehme an, daß hinter Ihnen der deutsche Botschafter Graf Mirbach steht und Ihre Aussagen diktiert.“ Da brüllte Trotzki: „Ich breche diese Unterredung ab und erkläre Sie und Ihre Gesinnungsgenossen im Namen des Sowjets und des Genossen Lenin außerhalb des Gesetzes.“ So kam es zu einem völligen Bruch der politischen Beziehungen nicht etwa zwischen Murmansk und den Alliierten, sondern zwischen Murmansk und Moskau. Von dem Augenblick

an war der Murmansk Sowjet eigentlich ein antisowjetischer Sowjet.

Jetzt war in Murmansk — genau wie in Wladiwostok, wo drei Tage vorher die Stadtverwaltung von den Tschechen übernommen worden war — zum ersten Male der friedliche, mit der lokalen Behörde vereinbarte Einmarsch einer alliierten Expedition möglich.

Marschall Foch, der in seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte in Europa vom amerikanischen Präsidenten um seine Meinung über die militärische Notwendigkeit einer Intervention im Norden befragt wurde, bestätigte Wilson, daß die Entsendung alliierten Truppen nach Murmansk und Archangelsk vom Standpunkt der Kriegführung militärisch notwendig war. So lenkte schließlich auch hier die amerikanische Regierung ein. Die Entsendung amerikanischer Truppen nach dem russischen Norden wurde vom Präsidenten gleichzeitig mit den entsprechenden Maßnahmen in Sibirien am 4. Juli 1918 gebilligt.

Der Putsch in Archangelsk

Sofort nach der amerikanischen Einwilligung, sogar ohne auf das Eintreffen der amerikanischen Truppeneinheiten zu warten, wurde von den Engländern ein Expeditionskorps von anderthalb tausend Mann, fast ausschließlich englische und französische Soldaten, nach Archangelsk abkommandiert. Das alles geschah streng geheim — wie auch der Beschluß zu intervenieren noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt war. Gleichzeitig wurde in Archangelsk, das immer noch unter der Herrschaft Moskaus stand, von englischen und französischen Agenten eifrig intrigiert und ein Putsch gegen die örtliche bolschewistische Stadtverwaltung vorbereitet. Der Putsch sollte unmittelbar vor dem Eintreffen der Expedition ausbrechen und den alliierten Truppen einen kampflosen Einmarsch in die Stadt sichern. Von diesen Plänen wurden Botschafter Francis und der englische Geschäftsträger, die beide noch in Wologda saßen, diskret in Kenntnis gesetzt. Die beiden Herren kamen auf diese Weise in eine etwas heikle Situation. Wie würden die Bolschewiki auf den Einmarsch in Archangelsk reagieren? Was würden sie dann mit den hilflosen Diplomaten in Wologda machen? Sollte man nicht lieber versuchen, irgendwie früher wegzukommen, damit man nicht sofort nach der Landung etwa als Geisel von den Bolschewiki in Haft genommen würde? Wie aber so etwas machen, ohne das Mißtrauen der Bolschewiki zu erregen und ihnen die Pläne im voraus zu verraten?

Der Zufall wollte es, daß gerade in dieser Zeit die Bolschewiki selber anfangen, sich über die Anwesenheit der Diplomaten äußerst zu beunruhigen. Am 6. Juli wurde der deutsche Botschafter Graf Mirbach in Moskau von Anhängern der sogenannten linkssozialrevolutionären Partei in seiner eigenen Botschaft ermordet. Diese Partei opponierte damals gegen die Kommunisten, und das Attentat stand mit einem Versuch in Zusammenhang, die neue bolschewistische Regierung überhaupt zu stürzen. Die sowjetischen Führer waren über diese Vorfälle heftig erschrocken. Sie befürchteten eine Wiederaufnahme der

Kriegshandlungen seitens der Deutschen. Sie vermuteten die alliierte Hand hinter dem Komplott und fragten sich, ob nicht das lange Verbleiben der Diplomaten in Wologda mit einem solchen Komplott in Zusammenhang stünde. So kamen sie zu dem Schluß, daß es gefährlich sei, die Diplomaten weiter in Wologda sitzen zu lassen. Man sollte sie lieber nach Moskau locken, wo sie unter scharfer Aufsicht gestellt und im Notfall als Geiseln zurückbehalten werden könnten. Dazu muß in Betracht gezogen werden, daß die Bolschewiki die alliierten Intervention auch schon witterten, obwohl sie nicht genau wußten, was los war.

So begannen die Sowjets Mitte Juli, den alten Botschafter in einer geradezu lächerlichen Weise zu hofieren. Der neue Außenkommissar, Tschitscherin, schickte ihm eine Reihe von Telegrammen und Briefen, in denen die Vorteile eines Umzugs nach Moskau auseinandergesetzt wurden. Die Schönheiten und Herrlichkeiten der von Krieg und Revolution damals schon arg zugerichteten Hauptstadt wurden auf das verlockendste gepriesen. Der Botschafter aber witterte eine Falle und antwortete auf Tschitscherins liebens-

würdige Briefe mit Schreiben, die an diplomatischer Tücke den russischen in nichts nachstanden. Er gab zu, daß es in der Tat für die Diplomaten an der Zeit wäre, von Wologda wegzufahren, sagte aber nicht, in welcher Richtung sie fahren wollten. Schließlich kam es dazu, daß die Diplomaten für ihren Sonderzug, der jetzt schon fünf Monate am Bahnhof von Wologda wartete, eine Lokomotive verlangten. Nicht ohne eine gewisse Unruhe erwarteten sie die Stunde der Abreise. „Was dann“, fragte ein nervöser Kollege des Botschafters, „wenn die Kommunisten die Lokomotive nicht an das nördliche Ende des Zuges, sondern an das südliche stellen? Morgen wachen wir in Moskau auf und sind Gefangene.“ Die Lokomotive wurde aber an das richtige Ende des Zuges rangiert, und am 24. Juli fuhren die Diplomaten nach Archangelsk ab.

Die englischen und amerikanischen Vertreter erwarteten, daß die Landung der alliierten Truppen ungefähr gleichzeitig mit ihrer eigenen Ankunft in Archangelsk stattfinden würde. Der Tag der Abreise aus Wologda war ja offensichtlich nach diesem Gesichtspunkt gewählt worden. Die Landung verzögerte sich aber um einige Tage. So kamen die Diplomaten in einem immer noch von Bolschewiken beherrschten Archangelsk an. In Erwartung der nahe bevorstehenden Ankunft der alliierten Flotte wollten sie nicht weiterfahren und baten, vorläufig bleiben zu dürfen. Die bolschewistischen Stadtväter aber, die auch schon merkten, daß etwas in der Luft lag, und denen es gerade in diesen Tagen ein bißchen unheimlich wurde, wollten nichts davon wissen. So wurden die armen Diplomaten mehr oder weniger gezwungen und ohne viel Umstände auf ein sowjetisches Schiff verladen und nach einem anderen, jenseits des Weißen Meeres gelegenen Hafen geschickt. Zwei Tage später fand der erfolgreiche Putsch in Archangelsk statt, worauf die Alliierten in den Hafen einliefen und die Stadt ohne Schwierigkeiten in Besitz nahmen. Die Diplomaten aber, die schon weg waren, kreuzten lange im hohen Norden herum. Erst nach einigen abenteuerlichen Wochen kehrten sie wieder nach Archangelsk zurück, wo sie die damals schon bis zum Chaotischen verwirrte politische Situation, die sich aus der alliierten Landung ergeben hatte, mit ihrer Anwesenheit noch weiter komplizierten.

Ende der amtlichen Beziehungen

Die Interventionen in Wladiwostok und in Archangelsk begannen am gleichen Tage — dem 3. August 1918. Die ersten amerikanischen Einheiten trafen erst später ein — am 18. August in Sibirien, Anfang September im russischen Norden.

Die Sowjetregierung reagierte natürlich aufs schärfste. Innerhalb von drei Tagen wurden mehr als 200 Engländer und Franzosen auf sowjetischem Gebiet von den kommunistischen Behörden in Haft genommen, einschließlich der Konsuln in Moskau und ihrer Mitarbeiter. Die Amerikaner, die mit Recht als weniger schuldig an der ganzen Sache betrachtet wurden, wurden zwar nicht auf diese Weise belästigt; aber auch ihnen wurde jetzt der weitere Aufenthalt auf

sowjetischen Boden unmöglich. Die Ausreise begann schon im August. Am 18. September verließ als letzter der Moskauer Generalkonsul das von der Sowjetregierung beherrschte Gebiet. Nach seiner Ausreise über die finnische Grenze sollten fünfzehn Jahre vergehen, bis wieder ein Vertreter der amerikanischen Regierung seinen Fuß auf sowjetisches Territorium setzte.

Es waren nicht nur die alliierten Diplomaten, die im Sommer 1918 Moskau verließen. Die Mitglieder der deutschen Botschaft waren schon Anfang August abgereist. Die Ermordung ihres Chefs hatte sie tief getroffen, und sie wußten sehr gut, daß ihre eigene Sicherheit bloß auf der militärischen Stärke Deutschlands beruhte und

daß bei einer deutschen Niederlage (und man schrieb immerhin schon August 1918) die Kommunisten sofort aufhören würden, die Brest-Litowsker Regelung, die sie so ungern angenommen hatten, irgendwie zu beachten.

Als dann der Krieg im Westen Anfang November tatsächlich zu Ende kam, gab es zwischen den westlichen Ländern und Sowjetrußland keine amtlichen Beziehungen mehr. Ein ganzes Jahr hatten die westlichen Länder in ihren Beziehungen zur Sowjetregierung sich bloß von den Interessen der eigenen Kriegführung leiten lassen. Jetzt, wo der Krieg zu Ende war, wurde sichtbar,

daß all diese Bemühungen kein Ergebnis gehabt hatten. Vom Standpunkt der Ansprüche, welche die Zukunft stellte, war in diesem Jahre weder von den Alliierten noch von den Deutschen das geringste erreicht worden. Nach den Erfahrungen dieses ersten Jahres ihrer Macht fühlten sich die Sowjetführer in ihrer Verachtung für die westliche kapitalistische Welt nur bekräftigt. Ihre fanatische Überhebung blieb unerschüttert. Nach wie vor blieben sie dem Gedanken eines zwangsläufigen Untergangs der westlichen Staaten- und Gesellschaftsordnung dogmatisch verschrieben.

Das war das traurige Ergebnis der Rußlandpolitik der westlichen Regierungen während des großen Krieges. Ich glaube, mich nicht sehr zu irren, wenn ich in diesem Resultat einen neuen Beweis für die notwendige Schicksalsgemeinschaft erblicke, welche die westlichen Länder in ihrem Verhältnis zur Sowjetmacht immer verbunden hat — auch damals, als sie sich dessen gar nicht bewußt waren — und als sie alle, verblendet und irregeführt, einander auf tragische Weise bekriegen und ihre Beziehungen zur Sowjetunion ausschließlich nach den Bedürfnissen zu gestalten versuchten, die diesen erbitterten Zwistigkeiten entsprangen.

MAX BRAUBACH

Gedenkrede zum 20. Juli 1944

Als die Welt im Sommer 1944 auf der einen Seite mit Hoffnung und Zuversicht, auf der anderen mit zunehmender Unsicherheit und Furcht auf die kriegerischen Ereignisse schaute, die an den Fronten in der Ukraine und bereits in Polen im Osten, in der Normandie und der Bretagne im Westen die Entscheidung in dem großen Kampfe anzukündigen schienen, wurde sie am 20. Juli durch sensationelle Nachrichten aus Deutschland überrascht. Was damals über die Vorgänge nur in großen Umrissen bekannt und z. T. durch Propaganda und Nichtverstehenwollen einseitig gefärbt wurde, läßt sich heute ziemlich genau rekonstruieren.

In dem ostpreußischen Hauptquartier Hitlers bei Rastenburg fand um die Mittagszeit in dem Konferenzzimmer der sogenannten Lagebaracke, in dem Hitler sich mit seiner Umgebung zur Beratung aufhielt, die Explosion eines Sprengkörpers statt, die verheerend wirkte, bei Hitler selbst aber nur unwesentliche Prellungen verursachte. Die Bombe war von dem zum Vortrag von Berlin gekommenen Stabschef des Ersatzheeres Graf Klaus Stauffenberg in einer Aktentasche an den Tisch gelehnt worden; er selbst hatte nach Eindrücken des Zünders den Raum verlassen und war nach Beobachtung der Explosion mit seinem Flugzeug in die Reichshauptstadt zurückgefliegen. Hier hat auf seinen Anruf vom Flugplatz aus gegen 4 Uhr nachmittags in der Bendlerstraße, dem Sitz des Befehlshabers des Ersatzheeres, der Chef des Allgemeinen Heeresamts General Olbricht einen für innere Unruhen unter dem Kennwort Walküre vorbereiteten Geheimbefehl ausgelöst und begonnen, die Generalkommandos und sonstigen hohen militärischen Dienststellen zu benachrichtigen. Der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres Fromm, der auf Grund eines Blitzgesprächs mit dem Hauptquartier an dem Erfolg des Attentats zweifelte und sich weigerte, die von ihm geforderte Zustimmung zu geben, wurde nach Eintreffen Stauffenbergs festgesetzt, an seiner Stelle übernahm der 1941 wegen Gehorsamsverweigerung abgesetzte Panzergeneral Hoepfner das Kommando, zugleich aber war in der Bendlerstraße der schon 1938 in Konflikt mit Hitler ausgeschiedene frühere Generalstabschef des Heeres Beck erschienen, und im Laufe des späten Nachmittags traf auch der Generalfeldmarschall v. Witzleben ein, in dessen Namen als des neuen Oberbefehlshabers der Wehrmacht die Walküreaufträge zu der nun nach Hitlers Tod durchzuführenden Liquidierung des nationalsozialistischen Systems herausgegangen waren. In Berlin, wo sich der Stadtkommandant und der Polizeipräsident der Bewegung angeschlossen hatten, liefen Truppenbewegungen zur Besetzung der Regierungsgebäude an, auch in anderen Orten des Reichs und der noch von den Deutschen beherrschten Lande kam es auf Grund der Anordnungen aus der Bendlerstraße zu Aktionen, so vor allem in Paris, wo der Militärbefehlshaber General von Stülpnagel die Formatio-

nen der SS und des SD überrumpeln ließ. Doch dann trug die zunächst nicht geglaubte, nach 18.30 Uhr aber durch den Deutschlandsender bestätigte Nachricht, daß Hitler lebte und über den Rundfunk sprechen werde, wachsende Verwirrung in die Berliner Zentrale. Während es draußen Goebbels gelang, den Führer des angesetzten Wachbataillons durch Vermittlung eines Telefongesprächs mit Hitler zu gewinnen und seine Truppen gewissermaßen umzukehren, machten sich auch bei anderen im Marsch befindlichen Truppenteilen rückläufige Befehle geltend, in der Bendlerstraße selbst aber erhob sich ein Teil der Offiziere gegen die Verschwörer, und schließlich hat der wieder an seine Befehlsstelle gelangte Fromm in kurzem Verfahren Olbricht, Stauffenberg und zwei ihrer Helfer erschießen lassen, während Beck zum Selbstmord veranlaßt worden war. Noch in der gleichen Nacht war allenthalben der Putsch erledigt. Eine kleine Clique ehrgeiziger Offiziere, so wurde bekanntgegeben, habe aus reaktionärer und selbstsüchtiger Gesinnung versucht, dem schwer ringenden Deutschland in den Rücken zu fallen. Und wenn man dann auch bald hörte, daß an der Erhebung neben einer nicht unbedeutenden Anzahl von Militärs, Menschen aus allen Schichten des Volkes, hohe Beamte ebenso wie ehemalige Gewerkschaftler, Vertreter einer christlichen Weltanschauung und Sozialdemokraten beteiligt waren, wenn vor dem Volksgerichtshof neben Witzleben und Höppner Träger berühmter Namen wie Moltke, Yorck, Schwerin und einst hochangesehene Politiker und wirkliche Männer des Volkes wie Goerdeler und Popitz, Leuschner und Leber, Wirmer und Bolz erschienen und der Hinrichtung verfielen, so hat man doch im Ausland die Sache nicht ernst genommen, sprach man verächtlich von den Schuldigen, die sich gegenseitig umzubringen suchten, oder von denen nun einige, die das Spiel verloren sahen, sich zuguterletzt noch ein Alibi schaffen wollten. Selbst spätere Rückblicke mochten dies Ereignis des 20. Juli als eine sehr belanglose, nebensächliche Erscheinung in den Annalen der Geschichte Deutschlands und der Welt werten, neben den gleichzeitigen schwerwiegenden Entscheidungen, die sich an den Fronten im Osten und Westen vollzogen, kaum des Erwähnens wert. Denn was war schließlich da vor sich gegangen? Ein mißglücktes Attentat, ein rasch zusammenbrechender Putsch, das Aufbegehren einer Handvoll Menschen, denen es weder gelang, der Herrschaft des Nationalsozialismus über das deutsche Volk Eintrag zu tun, noch das Ende des aussichtslos gewordenen Kampfes irgendwie zu beschleunigen!

Will man diese Phase bestätigen oder widerlegen, muß man sich zuerst über die Kräfte klarwerden, die an diesem Tage sichtbar wurden, muß man den Weg ergründen, der zum 20. Juli führte. Da ergibt sich, daß die Anfänge dieser Widerstandsbewegung weit zurückreichen, bis 1933,

ja noch in die Zeit davor. Man kann schon um den 30. Januar 1933 ein Aufleuchten des Gedankens feststellen, der erst über ein Jahrzehnt später zur Tat führte. Aber über Erwägungen ist man in einer Art damals schon bestehender Fronde innerhalb der Reichswehr nicht hinausgelangt, und ebenso vermochten oppositionelle Gruppen im Auswärtigen Amt, sowie aus den zerschlagenen demokratischen Parteien und Gewerkschaften gegen Gewalt und Propaganda nicht aufzukommen. Es war in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ein immerhin nicht unwichtiges Ereignis, als bereits in den ersten Maitagen 1933 der christliche Gewerkschaftler Jakob Kaiser mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner übereinkam, den Willen zur freien gewerkschaftlichen Organisation wachzuhalten und damit die Möglichkeit sofortiger Neuordnung für den Fall der Beseitigung Hitlers zu schaffen. Wenn August Winnig auf Grund von Eröffnungen, die ihm 1934 von dem früheren Führer des Handlungsgewerkschaftenverbandes Max Habermann und von Kaiser gemacht wurden, die Entstehung der ersten Widerstandsbewegung innerhalb der alten christlichen Gewerkschaften feststellen zu können glaubt, so waren unmittelbar in jener Frühzeit wohl jungkonservative Kreise mit sozialrevolutionärem Einschlag bemüht, den Boden für einen Umschwung zu bereiten, von hier aus, von Männern wie Ewald von Kleist, Herbert Mumm von Schwarzenstein, Nikolaus von Halem, Fabian von Schlabrendorff suchte man Querverbindungen zu Oppositionellen der Linken, stieß man, mit der Wirksamkeit eines Edgar Jung, auch schon zu einer Art Aktion vor. Zur Vorgeschichte des 30. Juni 1934 gehörte die Marburger Rede, die Jung durch das freilich recht fragwürdige Sprachrohr des Vizekanzlers Papen halten ließ, und so wird denn doch auch in jenen blutigen Vorgängen des 30. Juni das Aufleuchten eines Widerstandes sichtbar: es waren nicht nur blinde Rachegefühle, sondern auch die Besorgnisse vor geplante Umsturz, die zur Ausdehnung der Liquidation auf Männer wie den General Schleicher und Jung führten. Kein Zweifel, daß trotz des Schauderns, das auf Grund der für Rechts erklärten Verbrechen durch das Volk ging, dieser 30. Juni in der Tat die Ansätze und Möglichkeiten der Opposition schwer beeinträchtigt hat. Was von vielen mit Befriedigung als ein Sieg der anständigen Wehrmacht über die radikale SA gedeutet wurde, war in Wirklichkeit der Beginn der später von manchen Offizieren so bitter beklagten Zersetzung des Heeres, das sich die Ermordung eines ihrer Führer und beim Tode Hindenburgs den Übergang der vollen Macht auf den böhmischen Gefreiten gefallen ließ. Erfolge der Regierung im Innern wie nach Außen ließen im Laufe der nächsten Jahre die Hoffnung auf eine Wendung mehr und mehr schwinden.

Neuer Antrieb und Zusammenspiel

Es sind die Ereignisse des Jahres 1938 gewesen, die jenen im Stillen fortwirkenden Oppositionsgruppen neuen Antrieb gaben und zugleich allmählich zu einem Zusammenspiel zwischen ihnen führten. Wenn sich den der Verführung unzugänglichen Kreisen in Staat und Wehrmacht die moralische Unbedenklichkeit des Regimes in der infamen Art enthüllte, wie der eine gute Tradition verkörpernde General von Fritsch zum Verlassen seines Postens als Chef der Heeresleitung genötigt wurde, so ließ das Vorgehen gegen die Tschechoslowakei die Gefahr klar werden, in die eine aggressive, gewalttätige Politik, die über die mit Pathos verkündete Befreiung von den Fesseln von Versailles hinaus offenbar auf die Errichtung eigener Herrschaft in Europa zielte, Deutschland brachte. Während die zeitweise auch erschreckten Massen sich durch die überraschenden Erfolge bluffen und wieder gewinnen ließen, wurden Menschen aus den verschiedensten Kreisen wach und hellhörig und überzeugt, daß es mit diesem Desperado keine Verständigung geben kann, daß man ihm und seinen Gesellen entgegenarbeiten muß. Das ist die Zeit, in der Carl Friedrich Goerdeler, der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister, der noch zunächst dem dritten Reich als Preiskommissar gedient hatte, seine Rolle als der unermüdliche Schürer und Antreiber beginnt, in der Männer wie der preußische Finanzminister Popitz und der aus Rom abberufene Botschafter Ulrich von Hassell den endgültigen Bruch mit dem Regime vollziehen, in der im Auswärtigen Amt, geduldet von dem Staatssekretär Ernst von Weizsäcker sich Zellen des Widerstandes bilden und in der im Heer sich um den Generalstabschef Ludwig Beck, der im Protest gegen Hitlers Angriffsplan auf die Tschechoslowakei seinen Posten niederlegt, eine Anzahl von Offizieren sammeln, denen über dem

militärischen Ehrgeiz, Ehre, Recht und das Wohl des Volkes und der Menschheit stehen. Es ist damals zu Handlungen gekommen, die auf Durchkreuzung von Hitlers Plänen zielen. Auf verschiedenen Seiten sind in der Sudetenkrise um einen Krieg zu verhindern von deutschen Diplomaten Schritte unternommen worden, die Hitlers Politik hemmen sollten. Ob wirklich Hitler, wenn nicht durch die Münchener Nachgiebigkeit der Westmächte der Konflikt vorläufig vermieden worden wäre, durch Truppen unter dem Befehl der Generäle von Witzleben und Brokdorff festgesetzt worden wäre, läßt sich mit Sicherheit kaum nachweisen, soviel ist aber jedenfalls richtig, daß Pläne in dieser Richtung bestanden und daß im Generalstab noch unter Beck der damalige Oberquartiermeister Heinrich von Stülpnagel begonnen hatte, den Umsturz organisatorisch vorzubereiten. München mußte selbstverständlich wieder die Gegner Hitlers entmutigen, aber ihnen führten die Ausschreitungen gegen die Juden im November 1938 und die allen früheren Versprechungen entgegenlaufende Fortnahme von Prag im März 1939 neue Kräfte zu. Die Planungen, die darauf ausgingen, die Unzufriedenen aus Militär und Zivil, von links und rechts zusammenzuschließen, eine Aufnahmestelle zu schaffen, die es ermöglichte, nicht nur den Führer zu stürzen, sondern auch aus eigenen Kräften in der Zentrale, in Stadt und Land die Regierung zu übernehmen, fanden einen besonders rührigen Mittelpunkt in einer militärischen Behörde, die in der Lage war, auch mannigfache Fäden nach dem Ausland zu knüpfen, nämlich in der dem Reichswehrministerium angegliederten Abwehr, in der Oberst Oster, gedeckt von seinem Chef, dem Admiral Canaris, sich einen Überblick über die verschiedenen Widerstandsgruppen zu verschaffen wußte und in Zusammenarbeit mit dem Juristen Dohnanyi eine Art Geschäftsführung der Bewegung bildete. Schon war eine lose Verbindung zwischen den vielfach sich überschneidenden Kreisen hergestellt, als Hitler durch den Angriff auf Polen den großen Krieg auslöste.

Der Brückenschlag zur Arbeiterschaft

Der Krieg, in dem man in diesen Kreisen von Anfang an, ein Verbrechen und ein Unglück sah, hat die Entwicklung intensiviert und beschleunigt. Wenn aus den Kriegsdienststellen und den Hauptquartieren die Verbindung zu Beck und Hammerstein aufgenommen wurde, wenn der in seiner Vitalität unerschütterliche Goerdeler zum Handlungsreisenden in Defaitismus wurde, wie er von dem Volksgerichtshof später verächtlich bezeichnet wurde, so bildeten sich zugleich neue Zellen, so aus dem Zusammenwirken des Generals von Tresckow mit dem zum Wehrdienst eingezogenen Schlabrendorff, aus dem Zusammentreffen der zu Rechtsberatern im Oberkommando der Wehrmacht bestellten Grafen Moltke und Yorck, aus den Zusammenkünften der Berliner Mittwochsgesellschaft, in der sich Popitz, Beck, Hassell und der Nationalökonom Jessen, der aus einem ursprünglichen Parteigänger ein fanatischer Hasser des Nationalsozialismus geworden war, trafen. Am wichtigsten aber war der Brückenschlag von den Soldaten und Beamten zu den Vertretern der Arbeiterschaft. Hassell war nur unvollkommen unterrichtet, wenn er noch im Januar 1942 als das große bisher nicht zu lösende Problem bezeichnete, Männer zu finden, deren Namen in der Arbeiterschaft einen guten Klang hätten. Wenn Jakob Kaiser schon früh die alte Bekanntschaft zu dem von Anfang an dem Nationalsozialismus feindlichen und schon früh von Hitler abgesetzten General Hammerstein erneuert und Verbindung mit Goerdeler aufgenommen hatte, so kam im Herbst 1939 unter Vermittlung von Klaus Bonhoeffer und Ernst von Harnack eine engere Führungsnahme zwischen den bürgerlichen Kreisen und Führern der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften zustande. Der Aufgabe, alle politischen und weltanschaulichen Gegner zu sammeln und vor allem eine geistige Front gegen den Hitlerismus zu schaffen, hat sich dann vor allem jener Helmuth Moltke, Großneffe des großen Soldaten des 19. Jahrhunderts, angenommen. Wir wissen von drei Zusammenkünften, die im Frühjahr und Herbst 1942 und im Frühjahr 1943 auf seinem schlesischen Gute Kreisau stattfanden. Hier traf sich im Unterschied etwa zu der Mittwochsgesellschaft eine jüngere Generation Politiker wie Yorck und Schulenburg, Diplomaten wie der Legationsrat Adam Trott zu Solz, Vertreter der Kirchen wie der Jesuit Delp und der Konsistorialrat Gerstenmaier, Sozialisten wie Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Adolf Reichwein.

Verständnis, aber keine Tatbereitschaft

Aber wir haben vorgegriffen, wir fragen uns, wie es denn kam, daß diese ganze Organisation, in der schon im Herbst 1934 eine Art Führung durch Beck und Goerdeler anerkannt war, doch zunächst keineswegs in den Lauf der Ereignisse eingriff. Der Wille dazu hat gerade in den ersten Kriegsmonaten zweifellos bestanden, ihn verkörperte vor allem Goerdeler, der rastlos jede sich bietende Möglichkeit zu erspähen und zu verwerten suchte. Aber mochte es auch in wichtigen Dienststellen und Behörden Teilnehmer und Mitwisser der Verschwörung geben, konnte zugleich auch seitens der ehemaligen Gewerkschaftler ein Netz von Vertrauensleuten gebildet werden, die Zivilisten waren doch ohnmächtig, der Putsch konnte nur von einer Seite durchgeführt werden, die über Machtmittel, über Waffen verfügte, von der Wehrmacht also. Und auch hier versprach ein Zugriff nur dann Erfolg, wenn er von Stellen dirigiert wurde, von denen aus wenigstens ein beträchtlicher Teil der gewaltigen Kriegsmaschinerie in Bewegung gesetzt und in bestimmte Richtung geleitet werden konnte. So begann das Ringen um die Männer der Heeresleitung, um die hohen Generale, an deren Ehr- und Verantwortungsgefühl man vor allem im Hinblick auf das Vorgehen der SS im eroberten Polen und auf die bekanntwerdenden Pläne Hitlers zum Überfall auf Holland und Belgien appellierte. An dem Ansturm auf sie haben sich auch manche ihrer eigenen Berater, wie jener zu den besten Köpfen des Generalstabs gehörende Heinrich von Stülpnagel beteiligt, aber wenn man bei den Heerführern auch vielfach Verständnis fand, so doch keine Tatbereitschaft. Man braucht nur die Tagebücher Hassells zu lesen, um eine Vorstellung von der grenzenlosen Enttäuschung der Widerstandsführer über die angeblichen Nachfolger eines Scharnhorst und York zu gewinnen.

Hier zeigte sich nun freilich auch jenes Problem, dem man in unseren Tagen besondere Beachtung schenkt: wie war es möglich, geschworene Eide zu brechen, versündigte man sich nicht am Vaterland, wenn man im Kriege eine Revolution herbeiführte, wo war die Grenze zwischen dem Hochverrat, der eine menschliche und gerade auch eine nationale Pflicht sein konnte, und dem Landesverrat? Wir werden noch kurz darauf zurückkommen. Hier ist zunächst festzustellen, daß die Mehrzahl der hohen militärischen Führer von einem Umsturz nichts wissen wollte, daß im Winter 1939/40 auch der Generalstabschef Halder, der noch im September 1938 die Festsetzung Hitlers geplant hatte, sich dem Drängen Stülpnagels, die drohende Ausweitung des Krieges durch eine Tat zu verhindern, schließlich versagte, freilich auch weil er feststellen mußte, daß der größere Teil der Wehrmacht nicht bereit war, ihm dabei zu folgen, und weil Sondierungen über die Haltung der Kriegsgegner bei einem Umsturz keine wirklich festen Zusicherungen für eine künftige Anerkennung der Rechte und Interessen Deutschlands brachten. Der allen Voraussagen widersprechende Verlauf des Westfeldzuges von 1940 hat dann vollends die Aussicht auf eine Erhebung vorerst zerstört, die natürlicherweise erst wieder auflebte, als das neue Abenteuer des Angriffs auf Rußland nicht in gleicher Weise verlief und angesichts der wachsenden Opfer der Siegesjubiläum verstummte.

Erst 1941 kommen die Vorbereitungen zum Staatsstreich wieder in Gang, eine Zeitlang hofft man, daß vom Westen, vom besetzten Frankreich her, wo der mit den Verschwörern seit jeher eng verbundene General von Witzleben den Oberbefehl führte, der entscheidende Anstoß erfolgen könnte, und als Erkrankung und Abberufung Witzlebens dies ausschließen, wendet man sich an die Hauptquartiere der Heeresgruppen des Ostens. Gegenüber den anfänglichen, vor allem auch von Goerdeler vertretenen Plänen einer Festnahme Hitlers zwecks späterer Aburteilung setzt sich mehr und mehr die Auffassung der beteiligten Offiziere durch, daß nur die Ermordung des Diktators den Weg zur Rettung und Gesundung Deutschlands und zur Beendigung des unheilvollen Weltkriegs freimachen könne, ein Gedanke, der übrigens schon unmittelbar nach Beginn des Krieges von einem Diplomaten, Erich Kordt, verfolgt worden war. Während die Marschälle weiterhin sich versagen, erwächst aus Besprechungen und Vereinbarungen Osters, Tresckows und des an maßgebender Stelle des Ersatzheeres in der Heimat tätigen Generals Olbricht der erste konkrete Attentatsplan. Die Initialzündung glaubte Tresckow, damals Chef des Stabes einer östlichen Heeresgruppe, am 13. März 1943 in Gang zu bringen, indem er nach einem Besuch Hitlers durch Schlabrendorff eine Höllenmaschine in dessen Flugzeug

praktizieren läßt. Aber wie diesen, so bringt der Zufall auch weitere Versuche zum Scheitern, und dann tragen auf der einen Seite Schläge der mißtrauisch gewordenen Gestapo gegen die Abwehr, die zur Ausschaltung Osters führen, auf der anderen eine schwere Erkrankung Becks Verwirrung in die Reihen der Opposition.

Die letzte Phase

Sie wird indessen noch im gleichen Jahr 1943 überwunden und die bisher doch nur locker geknüpften Fäden straffer zusammengefaßt. Mit der Berufung des jungen Oberstleutnants Graf Claus von Stauffenberg zum Stabschef im Allgemeinen Heeresamt bei Olbricht im Sommer 1943 beginnt die letzte Phase des tragischen Kampfes. Stauffenberg ersetzte Oster; wenn er auf der einen Seite unter der Oberleitung Tresckows zusammen mit dem Major Ulrich von Oertzen den Ablauf der militärisch zu treffenden Maßnahmen generalstabsmäßig in Anordnungen festlegte, die auf das von Berlin aus durchzugebende Stichwort Walküre ausgelöst werden sollte, wenn zugleich auch außerhalb der Heimat Vorbereitungen getroffen wurden, die in Abmachungen mit den Militärbefehlshabern im Westen, Falkenhausen in Brüssel und Stülpnagel in Paris, und schließlich auch in der Einschaltung eines besonders populären Feldmarschalls, des zur Abwehr der Invasion in Frankreich eingesetzten Rommel, gipfelten, so drang Stauffenberg zugleich auf Schaffung der Voraussetzungen im politischen Sektor, und auch hier wurde in der Tat das Gerüst des Neuaufbaus geschaffen durch Einigung über die Bestellung Becks zum vorläufigen Staatsoberhaupt und über die Errichtung einer Regierung, der neben Goerdeler als Kanzler Sozialisten wie Leuschner und Leber, Christlichsoziale wie Bolz und Wirmer angehören sollten, sowie durch Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen über das zunächst zu verfolgende Programm. Es mag auf die Verzögerung der viel berufenen Initialzündung eingewirkt haben, daß gerade von Seiten der Arbeiterführer empfohlen wurde, erst nach geglückter Invasion der Westmächte zur Tat zu schreiten, daß ferner es mancherlei Gegensätze zwischen den Gruppen gab, die zum Austrag gebracht werden mußten, aber entscheidend war doch die zunehmende Schwierigkeit, an den mißtrauischen Diktator heranzukommen. Dazu bot sich endlich Stauffenberg selbst Gelegenheit, als er im Juni 1944 zum Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt worden war.

Und nun drängt zugleich nicht nur der deutlich werdende Erfolg der an der Küste der Normandie gelandeten Streitkräfte Eisenhowers zur raschen, ja überstürzten Tat. Wenn schon im Vorjahr der Widerstandskreis in der Dienststelle Canaris weitgehend zerschlagen wurde, wenn dann auch andere Träger der Opposition wie Moltke in die Fänge der Gestapo geraten waren, so griff die plötzliche Verhaftung von Leber und anderen Sozialisten in das Zentrum der Verschwörung. Die anfängliche Absicht, mit Hitler zugleich auch Göring und Himmler zu beseitigen, wurde, nachdem das Ausbleiben der beiden bei den Führerbesprechungen zweimal zur Vertagung geführt hatte, aufgegeben und am 20. Juli der Anschlag gewagt. Wir sahen schon, wie er scheiterte und wie in Berlin die Gegenbewegung zu raschem Erfolge führte. Daß im Westen wenige Tage zuvor Rommel durch Verwundung bei Tieffliegerangriff aktionsunfähig geworden war, ermöglichte auch hier trotz des erfolgreichen Vorgehens General von Stülpnagels gegen SD und SS in Paris die Wiederherstellung der Lage und die Fortführung des Verzweigungskampfes gegen alliierte Übermacht. Die Beteiligten aber traf die furchtbare Rache des Diktators.

Nicht die Tat einer Clique Offiziere

Eines ist aus dieser skizzenhaften Darstellung des Dramas um die deutsche Widerstandsbewegung deutlich zu erkennen: der 20. Juli war nicht die Tat einer Clique Offiziere, die, weil sie den Sieg und die Macht Deutschlands entschwinden sahen, sich salvieren wollten. Ein Mitglied der mit der Untersuchung der Zusammenhänge betrauten Sonderkommission ist in seinem Gutachten über die Verschwörer zu dem ganz richtigen Ergebnis gekommen, daß es sich bei ihnen um Persönlichkeiten handelte, deren echte Feindschaft zum Nationalsozialismus aus politischen, moralischen und religiösen Beweggründen kam. Es war, so wird man feststellen müssen, eine Bewegung, deren Träger zum größten Teil nicht erst durch die sichere Erkenntnis des bevorstehenden deutschen Zusammenbruchs zu ihren Ansichten und Plänen gebracht wurden. Strittig könnte es ja nun freilich sein, ob nicht doch hinter ihr in der Hauptsache bürgerliche Kräfte standen, denen es um die Restauration eines

seinem Freunde Langbehn aus ist sogar versucht worden, Fäden zu Offiziers- und Beamtenstaats alter Art zu tun war, die in überholten Vorstellungen von Staat und Gesellschaft begriffen keineswegs in der Lage waren, etwas Besseres an die Stelle dessen zu setzen, was sie angriffen. Es läßt sich für diese These, wenn man die uns erhaltenen politischen Entwürfe, Programme und Äußerungen der Beteiligten durchsieht, wohl manches anführen. Man ist überrascht, daß man in den Kreisen um Goerdeler, Popitz, Hassell von der Wiederaufrichtung der Monarchie das Heil erwartete, wobei zeitweise wohl gar an den Kronprinzen, in der Hauptsache allerdings an dessen mit einflußreichen Amerikanern in guten Beziehungen stehenden Sohn Louis Ferdinand gedacht wurde. Wenn dabei nun auch nur eine beschränkte konstitutionelle Monarchie nach englischem Muster beabsichtigt war, so meinte doch selbst der gewiß nicht zu den Sozialisten rechnende Hassell, daß der als künftiger Reichskanzler vorgesehene Goerdeler allzusehr in unmodernen, ja reaktionären Anschauungen sich bewegte, und auch einem Mann wie Schlange-Schönningen, der im Sommer 1943 durch Moltke unterrichtet wurde, schienen Goerdelers innenpolitische Pläne teils phantastisch, teils Rudimente einer überlebten Vergangenheit. So schlimm sind nun die bisher bekanntgewordenen Verfassungsentwürfe aus Goerdelers Nachlaß nicht.

Vor allem aber bleibt zu beachten, daß man hinsichtlich dessen, was nach einer Übergangsregierung zur Herstellung der Ordnung in Deutschland gestaltet werden sollte, noch in der Diskussion begriffen war, in der nicht nur die alten Gewerkschaftsführer, sondern vor allem die jüngere Generation des Kreisauer Kreises mit Entschiedenheit sozialistische Ideen vertrat. Um die Jahreswende 1942/43 ist es im Hause des Grafen Yorck in Lichterfelde zu einer großen Aussprache, nach dem Urteil des überlebenden Gerstenmaier einem der interessantesten Ereignisse in der Vorbereitung des Staatsstreichs gekommen, in dem die Kreisauer, vor allem Trott, Moltke und Gerstenmaier in scharfer Form ihre von Goerdelers Programm abweichende sozial- und wirtschaftspolitische Auffassung formuliert haben. Zweifellos hat zwischen Moltke und den übrigen Oppositionsgruppen übrigens auch insofern ein Gegensatz bestanden, als Moltke das Attentat, ja auch die Erhebung gegen Hitler überhaupt für abwegig hielt. „Lassen Sie ihn leben“, so äußerte er bei einem Besuch in Paris 1943 zu einem Angehörigen des Stülpnagelkreises, „er und seine Partei müssen bis zum Ende die Verantwortung für das verhängnisvolle Schicksal tragen, das sie dem deutschen Volk bereitet haben, nur so läßt sich die nationalsozialistische Ideologie ausrotten.“ Man hat aus Wendungen gegen Goerdeler, die Moltke noch im Gefängnis wiederholte, schließen wollen, daß gerade der geistig hochstehende Kreis der Hitlergegner mit dem 20. Juli nichts zu tun hatte. Aber wenn dies vielleicht bei Moltke selbst, der schon Anfang 1944 verhaftet wurde und daher gar nicht mehr mithandeln konnte, zutrifft, so ist die Beteiligung der übrigen Kreisauer, und zwar vor allem der Sozialisten an der Vorbereitung der Tat evident, und Freisler, der furchtbare Vorsitzende des Volksgerichtshofs, hatte gar nicht so unrecht, wenn er behauptete, daß der wahre Motor des 20. Juli weniger in Goerdeler, als in diesen jungen Männern steckte. Und evident ist auch, daß schließlich zwar keine Gleichschaltung der Meinungen, wohl aber eine weitgehende Übereinstimmung von rechts und links erzielt worden ist. Jakob Kaiser versichert sogar, daß Goerdeler unter dem Einfluß des Arbeiterflügels demokratische und soziale Einsichten gewonnen habe und in der Endphase von der Notwendigkeit einer künftigen demokratischen und radikalen Ordnung überzeugt gewesen sei. Jedenfalls, das bezeugen alle Quellen, war man sich einig nicht nur in dem negativen Ziel der Liquidierung von Nazismus und Krieg, sondern auch in der positiven Forderung der Errichtung eines freiheitlichen Rechtsstaats auf christlicher und demokratischer Grundlage. Sie tritt uns ebenso deutlich in den Plänen und Briefen Goerdelers wie in den Reichsreformvorschlägen aus dem Kreise um Popitz, Jessen und Schulenburg, wie in den Vorschlägen Wirmers zur Neuordnung der Justiz wie endlich in den in Kreisau ausgearbeiteten staatsrechtlichen und sozialpolitischen Grundlagen für ein föderatives Deutschland und Europa entgegen.

Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß ein Widerstreit auf Grund der verschiedenen Orientierung nach Westen oder nach Osten — zu den Verfechtern der letzten sollen angeblich Stauffenberg und Trott zu Solz gehört haben — nicht nachzuweisen ist. Es kann kein Zweifel sein, daß die Verschwörer des 20. Juli den politischen

Ideen des Westens näher standen, als dem Bolschewismus, den sie ebenso ablehnten wie den Nationalsozialismus. Manche mögen in ihren außenpolitischen Überlegungen wohl die kühle, ja ablehnende Haltung der Westmächte gegenüber eigenen Sondierungen und demgegenüber die russische Gründung eines Nationalkomitès Freies Deutschland bedacht haben, deshalb aber sich dem Osten in die Arme zu werfen, waren sie kaum geneigt. Und Stauffenberg, dessen geistige Beeinflussung durch das Christentum und die Ideale des Georgekreises bezeugt ist, war gewiß kein Nationalbolschewik. Nur zögernd hat man sich daher auch noch in letzter Stunde bereit gefunden, Fühler zu den Kommunisten auszustrecken, um auch sie in die Einheitsfront des Widerstandes einzureihen, ein Versuch, der durch den Verrat eines in die kommunistischen Zellen eingeschmuggelten Gestapospitzels zur Verhaftung der von beiden Seiten Beteiligten führte. Von der vielleicht nicht einmal eigentlich kommunistischen, aber jedenfalls nach Rußland orientierten Widerstandsorganisation im Luftfahrtministerium um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack haben Beck, Goerdeler, Hassell usw. erst etwas erfahren, als diese Aktion, im August 1942 entdeckt, in einer großen Zahl von Bluturteilen zerschlagen wurde. Während von dieser Seite übrigens entschlossen auch Sabotage getrieben und den Kriegsgegnern geheime Nachrichten zugeleitet wurden, hat der eigentliche Kreis der Männer des 20. Juli daran nicht im entferntesten gedacht. Am weitesten ist der am 20. Juli selbst nicht beteiligte Oster gegangen, indem er vor den Angriffen auf Norwegen und Holland im Frühjahr 1940 diesen bis dahin neutralen Ländern Warnungen zugehen ließ.

Gründe des Mißerfolges

Woran ist nun aber die deutsche Résistance gescheitert, mußte sie vielleicht scheitern, hatte sie überhaupt Aussicht auf Erfolg? Daß sie scheiterte, daran hatte einmal sicherlich der Zufall, die von Hitler gepriese Vorsehung, die ihn immer wieder den Attentaten entgehen ließ, einen gewichtigen Anteil. Es läßt sich dann wohl auch sagen, daß die führenden Männer der Aufgabe, zu der sie ihr Gewissen trieb, nicht in jeder Beziehung gewachsen waren, daß keiner von ihnen das Format eines wirklichen Revolutionärs besaß. „Wenn man“, so hat Ende April 1944 Ernst Jünger in seinem Pariser Tagebuch notiert, „Stülpnagel, Popitz und Jessen kennt, dazu noch Schulenburg und Hofacker, dann hat man ein Bild der Fronde im totalen Staat. Man sieht dann auch, daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.“ Den General Beck hat Friedrich Meinecke, der ihn während des Krieges kennenlernte, als einer jener wenigen Offiziere bezeichnet, die als die echten Erben Scharnhorsts gelten können, nicht nur als straffe und energische Soldaten, sondern auch als hochgebildete, weitblickende Patrioten. Einhellig ist das Urteil über seine vornehme Gesinnung und seine bedeutenden Fähigkeiten, aber er war doch wohl zu sehr Theoretiker, ein Mann des Studierzimmers, ein Clausewitz ohne einen Schuß Blücher oder Yorck, wie Hassell vielleicht übertreibend geurteilt hat, und es kann nicht bestritten werden, daß er in den entscheidenden Stunden am 20. Juli versagt hat. Wenn bei ihm nach der Meinung von Popitz viel Taktik, weniger Wille dominierte, so besaß umgekehrt Goerdeler viel Willen, aber keine Taktik. Er war überaus aktiv, aber er war dabei stets zu optimistisch, voll von Illusionen, allzu geneigt zum Vereinfachen der Probleme, im Grunde aber mehr Verwaltungsmann als Politiker, außenpolitisch trotz vielseitiger Auslandskenntnis ohne sicheres Augenmaß. Ein feinerer und klarerer Geist war Popitz, aber auch er weist professorale und zugleich bürokratische Züge auf, er neigte im übrigen im Gegensatz zu Goerdeler einer autoritären Führung zu. Von den Jüngeren widerstrebte der wohl reichste Geist, Helmuth Moltke, wie wir sahen, einer Tat.

Es war die Frage, ob diese Menschen, nach einem Wort Jüngers, die letzten Ausläufer, die der deutsche Idealismus in diese Wüste getrieben hat, jemals fähig sein konnten, mit der diabolischen Kraft eines Hitlers fertig zu werden. Man hat im Hinblick darauf gemeint, daß es bei nüchterner Überlegung überhaupt nur eine wirkliche Chance gab, daß nämlich die Erhebung aus den Kreisen der Partei und der SS selbst emporwuchs. Nun hat es innerhalb der Verschwörung selbst ehemalige Nationalsozialisten gegeben, wie den Grafen Helldorf und den Abteilungsleiter im Reichssicherheitshauptamt Nebe, und von Popitz und

Himmler zu spinnen, um — nach einem in anderem Zusammenhange gebrauchten Bilde Jüngers — den Haifisch durch den Kraken oder den Teufel durch Beelzebub zu packen. Aber wie Helldorf und Nebe doch nur am Rande wirken konnten, wenn die ganze Bewegung vor der Welt nicht diskreditiert und um ihr Ziel, das Vorhandensein eines anderen Deutschland zu beweisen, gebracht werden sollte, so hätte vollends die Opposition ihre moralische Bedeutung gerade in der auch von ihr in jenen letzten Jahren als unabwendbar erkannten Niederlage eingebüßt, wenn sie im Gefolge eines Putsches der SS zum Zuge gekommen wäre.

Anders hätten sich die Dinge schon entwickeln können, wenn die Macht- und Waffenträger außerhalb der Partei, die Heerführer also, sich zum Einschreiten gegen dies auch von ihnen meist verurteilte System von Machttausch und Gewalt hätten entschließen können. Hier liegt sicher ein wichtiger Faktor für den Fehlschlag. Sie beriefen sich auf Eid und vaterländische Pflicht, wohl auch darauf, daß die von der Unfehlbarkeit des Führers überzeugte Truppe ihnen nicht folgen werde, und beides war gewiß nicht nur eine Ausrede. Brauchitsch und Halder, Kluge und Manstein machten dann auch ihr Verhalten von Zusicherungen des Auslandes hinsichtlich eines ehrenhaften und erträglichen Friedens abhängig. Und auch hierin darf man einen Grund für das Scheitern sehen. Es hat keineswegs an der Unterrichtung der kriegführenden Mächte über das Bestehen und die Absichten der Verschwörung gefehlt. Goerdeler hat sich ebenso darum bemüht wie Hassell und Trott zu Solz, über den Vatikan, über die Schweiz und über Schweden sind mannigfache Berichte, Hinweise und Mahnungen nach London und New York gegangen, aber wenn vor Kriegsausbruch das Paktieren der Staatsmänner des Westen mit Hitler den deutschen Widerstand beeinträchtigen mußte, so haben ihm während des Krieges zunächst kühle Zurückhaltung und schließlich die Casablanca-Erklärung Roosevelts und Churchills vom Januar 1943 über die bedingungslose Übergabe, die jede Verhandlung auch mit einer Regierung des anderen Deutschland ausschloß, die Waffen, mit denen im Innern der Katastrophenpolitik Hitlers entgegengespielt werden konnte, aus der Hand geschlagen. Für die Verschwörer selbst mußte damit der Entschluß zur Tat schwerer werden: es kann kein Zweifel sein, daß sie zu ihr schritten in der vollen Erkenntnis, daß bei einem Erfolg auch sie die Kapitulation nicht vermeiden konnten, in der Hoffnung nur, daß ihr moralisches Gewicht der Nation in dem militärisch-politischen Zusammenbruch wenigstens von einigem Nutzen sein werde.

Fehlende Bereitschaft bei der Wehrmacht wie im Volke

Alle diese Momente haben ein- und mitgewirkt, entscheidend für die Ohnmacht der deutschen Widerstandsbewegung ist freilich etwas anderes gewesen, nämlich daß, wie einer der Beteiligten scharf formuliert hat, „sie weder bei der Wehrmacht noch im Volke die Bereitschaft und Gefolgschaft gefunden hat, die erforderlich gewesen wäre, um das Schicksal Deutschlands zu wenden, als die Möglichkeit dafür noch gegeben war, daß der Widerstand die Angelegenheit einer Minderheit blieb, die zu klein war, um sich durchzusetzen.“ Man darf sich in der Beziehung keinen Illusionen hingeben, es ist so, daß es bis zum bitteren Ende in unserem Volke nicht nur einen erheblichen Bestandteil überzeugter, ja begeisterter Nationalsozialisten gegeben hat, die entschlossen waren, jeder Auflehnung entgegenzutreten, sondern daß auch die große Masse der Nationalsozialisten an die Propaganda von der Genialität des Führers, von den nationalen Zielen der Partei und von der Gewißheit des Sieges glaubte, daß sie sich immer wieder gewinnen ließ und sich zu loyalen Gehorsam schon aus vaterländischer Gesinnung verpflichtet glaubte. Erstaunlich ist die faszinierende Wirkung, die von der Persönlichkeit des Diktators auch noch in einer Zeit ausging, in der bei vernünftiger Betrachtung der Lage an seinem Untergang eigentlich nicht mehr gezweifelt werden konnte. Mit Recht hat im März 1944 einer seiner entschlossensten Gegner, der Vertraute Stülpnagels, Cäsar von Hofacker, seine Beseitigung als absolute Voraussetzung für eine Wendung damit begründet, daß, wenn man den Burschen nicht hindere, ans Mikrofon zu springen, er in jedem Falle die Massen in 5 Minuten wieder umwerfe. Es bleibt aber selbst dann durchaus fraglich, ob bei seinem Tode am 20. Juli eine Regierung der Opposition sich durchgesetzt hätte, da nicht nur die SS, sondern auch große Teile von Volk und Truppen ihren

Anordnungen kaum gefolgt wären. Nur das ist freilich gewiß, daß bei der eintretenden Verwirrung der Krieg ein rascheres Ende gefunden hätte und damit manches Leid verhindert worden wäre. Darf man nun deshalb den Stab über die Deutschen brechen, die den Widerstand ablehnten, entweder in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge und des Ausmaßes begangener Verbrechen oder in einem Gewissenskonflikt zwischen der Ablehnung der Parteiherrschaft und dem, was sie auf Grund geschworener Eide, angesichts auch der Ankündigungen von London und New York und der Einblicke in bolschewistische Zustände, für geboten hielten? Gewiß nicht, denn wie ungeheuer schwer war es für jeden Einzelnen, darüber eine Entscheidung zu treffen, ob man einen Eid brechen, ob man zu einem Umsturz mitten im Kriege schreiten durfte, wie ungeheuer schwer war es, vor auszusehen, welches die Folgen dieses Handelns für das eigene Volk sein würden. Die Männer der französischen Maquis, die Partisanen, die reichlich unterstützt zudem von außen gegen den fremden Eroberer sich erhoben, brauchten einen solchen Gewissenskonflikt nicht zu durchkämpfen, der auch den erbittertesten Feinden Hitlers in Deutschland nicht erspart worden ist. Nirgends, so wird man sagen können, war es schwerer und gefährlicher, sich gegen das Hitlertum zu erheben, als hier, nirgends hat daher aber auch der Widerstand, wenn er aus moralischen, christlichen, freiheitlichen, aus menschheitlichen und gerade aus patriotischen Überzeugungen erwuchs, größeres Verdienst.

Sie haben die Fackel entzündet

Und damit kehren wir zum Schluß nochmals zu der eingangs aufgeworfenen Frage zurück: was bedeutet der 20. Juli 1944? Kein Zweifel, daß er den Gang der Ereignisse, die Entwicklung des Krieges nicht nennenswert beeinflusst, daß er die Katastrophe Deutschlands weder beschleunigt und damit gemildert noch gar verhindert hat. Was Hitler und den Nationalsozialismus betraf, so bedeutete für sie das Ereignis, so sehr es sie in Wut versetzte, zunächst eher eine Bestätigung und Festigung als eine Erschütterung. Wenn der zum machtlosen Präsidenten der Republik von Salò herabgesunkene Mussolini, den Hitler noch am gleichen Nachmittag in die Trümmer der Explosionsstätte führte, in der Rettung seines Kumpan und Protektors ein Zeichen des Himmels sah und daraus neue Hoffnung schöpfte, so erweist die jüngst in ihrem Wortlaut bekanntgewordene Rede, die Himmler am 3. August 1944 vor den Gauleitern in Posen hielt, wie befriedigt die Häupter des nationalen Terrors über die Erhebung waren, die es ihnen ermöglichte, letzten Selbstständigkeitsbestrebungen in Heer und Land den Garaus zu machen und mit Galgen und Kugel wirkliche und mögliche Widersacher zu vernichten. Nichts hatte sich im Grunde durch den 20. Juli geändert, es war damit nur endgültig die Fortführung des totalen Krieges bis zum bitteren Ende gesichert, wobei zusätzlich zu den damit verbundenen furchtbaren Verlusten an Menschen und Gut die Austilgung einer Elite von Persönlichkeiten durch die nun in vollen Gang gesetzte Unterdrückungsmaschine kam.

Und doch ging man völlig in die Irre, wenn man jenem Höhe- und Endpunkt des deutschen Widerstandes gegen Hitler gar keine oder nur eine negative Wirkung zuerkennen wollte. Vor seiner Hinrichtung hat einer der Beteiligten geäußert, daß es nicht auf das Erreichen des Ziels, sondern allein darauf ankomme, daß man den richtigen Weg gegangen sei. Das war wohl im Hinblick auf den persönlichen Entschluß des Einzelnen gemeint, aber der Satz hat doch viel weiterreichende Bedeutung. Vielleicht hat gerade der völlige Mißerfolg den Aufstand zu einer historischen Tat gemacht, die nicht für die Gegenwart von damals, wohl aber für die Zukunft zu einer der Grundlagen für die Selbstbesinnung und den Wiederaufstieg des deutschen Volkes und für die Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern werden konnte und werden sollte. Wenn man aus mannigfachen Plänen, die jene Männer entwarfen, viel lernen kann, wenn viele ihrer Gedanken auch heute noch Beachtung verlangen und wenn die Fähigkeit und der Mut, mit denen sie unter schwierigsten Bedingungen die Vorbereitungen trafen, Bewunderung erwecken, so ist das doch nicht das Entscheidende: wer die komplizierte Vorgeschichte des Zusammenfindens, der inneren Auseinandersetzungen, der verschiedenen Anläufe, des Wechsels zwischen Enthusiasmus und Resignation zu klären sucht und wer endlich den Verlauf des schließlich doch unternommenen großen Vorstoßes verfolgt, der stößt andererseits

ja gewiß auf menschliche Schwächen und sachliche Fehler, auf Irrwege und Versagen, und er wird das Bekenntnis des zu den klarsten und konsequentesten Köpfen der Verschwörung gehörenden Grafen Fritz Schulenburg bestätigt finden, daß das, was man tat, unzulänglich war. Und doch war Schulenburgs Zuversicht, daß das Gericht der Geschichte sie freisprechen werde, war seines Freundes Yorck Hoffnung auf eine Zeit, wo man nicht als Lump, sondern als Patriot und als Mahnender gewürdigt würde, berechtigt. Und dieser Freispruch, diese Anerkennung erfolgt weniger wegen ihres Handelns an sich, das zur Kritik herausfordert, sondern wegen der Motive, die gewiß nicht alle, wohl aber die meisten zu einer ihrem Wesen und ihrer Tradition wahrhaftig nicht gemäßen Tat trieben. Sie mochten sicherlich auch hoffen, das schlimmste Verhängnis von ihrem Volk und Vaterland, an dem sie in reinem Patriotismus hingen, noch abzuwenden, sie dachten auch an sich und an ihre Zukunft, aber sie wollten zugleich der ganzen Welt zeigen, daß das deutsche Volk nicht so schlecht war, wie es schien, daß es in ihm Kräfte gab, die — nach Sätzen in einem der letzten Briefe des Grafen Moltke aus dem Gefängnis — bereit waren, alles einzusetzen, um den Geist der Enge und der Gewalt, der Überheblichkeit, der Intoleranz und des Absoluten, diesen bösen Geist mit seinen schlimmen Folgeerscheinungen wie Excesse, Rassenverfolgungen, Glaubenslosigkeit, Materialismus zu bekämpfen und zu überwinden. Daß sich in diesem Kampf Menschen der verschiedensten Herkunft und Anschauung, hohe Beamte und junge Offiziere, Aristokraten und Arbeiter, Traditionalisten und Sozialisten zusammenfanden und alles Trennende zurückstellten, mußte die moralische Wirkung dieses entschlossenen Protestes in die Zukunft tragen. Es war in der Tat weder

ein militärisches Pronunciamento noch eine bürgerliche oder sozialistische Klassenangelegenheit, es war gewiß auch keine wirklich umfassende Volkserhebung, es war vielmehr bei allem Mitwirken menschlicher Begierden und Befürchtungen in erster Linie eine sittliche Empörung gegen Unrecht und Unmenschlichkeit, getragen von Menschen, die sich immerhin als die Vertreter ihres Volkes in allen seinen Schichten fühlen konnten.

Das jüngsterschienene Buch über den deutschen Widerstand, in dem Annedore Leber in 64 Lebensbildern dieser Empörung ein ergreifendes Denkmal gesetzt hat, trägt den Titel: *Das Gewissen steht auf*. Man kann das, was am 20. Juli geschah, nicht besser bezeichnen. Wenn man da die Köpfe und Gestalten Leuschners und Lebers, Schulenburgs und Haefdens, Moltkes und Yorcks vor sich sieht, wie sie dem tobenden Freisler oder dem vernichtenden Urteilsspruch die Stirne bieten, packt einen wahrhaftig das Gefühl, daß hier das Gewissen aufgestanden ist, das gute Gewissen, das diesen Männern auch angesichts des schmachvollen Todes einen Ausdruck innerer Überlegenheit und sicherer Zukunftshoffnung gibt. Sie strebten ein besseres Deutschland, ein neues Europa, eine Welt der Gerechtigkeit, der Humanität, des Friedens an, sie sahen wohl auch, wie etwa Yorck, in dem Weg, den sie gingen, ein Sühneopfer, dargebracht, um die Gottesferne unserer Zeit zu verringern. Haben sie nicht zum mindesten für das deutsche Volk die Fackel entzündet, die dann andere weitertragen konnten und sollten? Darin liegt aber doch wohl etwas, was jener Tat des 20. Juli 1944 den Rang eines großen historischen Ereignisses verleiht.

Anmerkung:

Braubach, Max, Dr. phil. o. UProf. an der Universität Bonn, Lehrgebiet: Neuere Geschichte. Geb. 10. 4. 1899 in Metz.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Paul Bausch: „Freiheit zum Unglauben“
- Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler
-Verschwörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen
den Massengeist“
- Helmut Gollwitzer: „Einheit und Reformation der Kirche“
- George F. Kennan: Das amerikanisch-russische Verhältnis
„Die Jahre ohne formelle Beziehungen“
„Rückschau“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Michael Schmaus / Thomas Sartory: „Das Wesen der Kirche in Katholischer
Sicht“
- Carlo Schmidt: „Deutschland und Frankreich“
- Theodor Schieffer: „Des Winfrid Bonifatius geschichtliche
Sendung“
- Kurt Sendtner: „Die militärische
Widerstandsbewegung
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
- Paul Wentzcke: „Vom Stammbaum und Schicksal
deutscher Farben“
-
-